

Kambodscha auf dem Weg zum Frieden

Durch die dramatischen Umwälzungen in der Sowjetunion und den tragischen Bürgerkrieg im Norden Jugoslawiens geraten die Friedensbemühungen in Kambodscha immer stärker in den Hintergrund. Doch während die bislang längste und stabilste Friedensperiode in der Geschichte Europas nun ihrem Ende zuzugehen scheint, erwachsen im notorischen Unruheherd Südostasiens Ansätze für eine längerfristige Friedensordnung.

Die vier kambodschanischen Konfliktparteien einigten sich Ende Juni im thailändischen Kurort Pattaya in einem 10-Punkte-Plan auf einen unbegrenzten Waffenstillstand, die unverzügliche Einstellung aller ausländischen Militärhilfe (Punkt 3), den alleinigen Vorsitz des "Supreme National Council" (SNC) durch Prinz Norodom Sihanouk (Punkt 1) sowie die Installierung des SNC-Hauptquartiers in Phnom Penh (Punkt 7). Hinsichtlich der Rolle der UNO wurde jedoch kein Konsens erzielt. Während die drei Fraktionen des antivietnamesischen Widerstandes die sofortige Entsendung eines 500-700 Mann starken UN-Kontingentes zur Überwachung des Waffenstillstandes verlangten, lehnte die Hanoi-freundliche Regierung in Phnom Penh dieses Ansinnen ab. Außenminister Hor Nam Hong wollte der UNO nur für die Übergangsperiode vor Abhaltung freier Wahlen eine wenn auch bescheidene Rolle zuweisen.

Auch auf zwei weiteren Treffen des SNC in Beijing (16.-17. Juli) und Bangkok (26.-28. August) kam es in den kontroversen Fragen der UNO-Rolle, der Demilitarisierung und der Staatsstrukturen zu keiner substantiellen Annäherung. Die Regierung von Ministerpräsident Hun Sen weigert sich, ihre 50.000 Mann Armee drastisch zu reduzieren. Lediglich die Widerstandsarmeen der Roten Khmer (25-30.000 Mann), der Sihanoukisten (15.000 Mann) und der FNLPK (10.000 Mann) sollten, so Hun Sen und Hor Nam Hong, aufgelöst werden. Für seine eigene Armee mochte Hun Sen in Bangkok lediglich eine Reduktion um 40 % einräumen. Der Widerstand hingegen hält die gleichmäßige Demobilisierung der vier Armeen auf jeweils weniger als 10.000 Mann für wünschenswert, was wiederum Phnom Penh mit dem Argument zurückweist, in unwegsamen Dschungelgebieten operierende Rote Khmer könnten sich einer effektiven Entwaffnung entziehen.

Auf staatsrechtlichem Gebiet herrscht gleichfalls Einigkeit im Dissens. Die Vereinbarungen von Pattaya und die nachfolgenden Präzisierungen von Beijing und Bangkok lassen den institutionellen Rahmen des SNC bewußt im Dunkeln. Fest stand nur, daß der SNC Kambodscha nach außen, d.h. auf diplomatischer Ebene und insbesondere in New York bei der UNO vertreten sollte. Die real existierenden Regierungen des

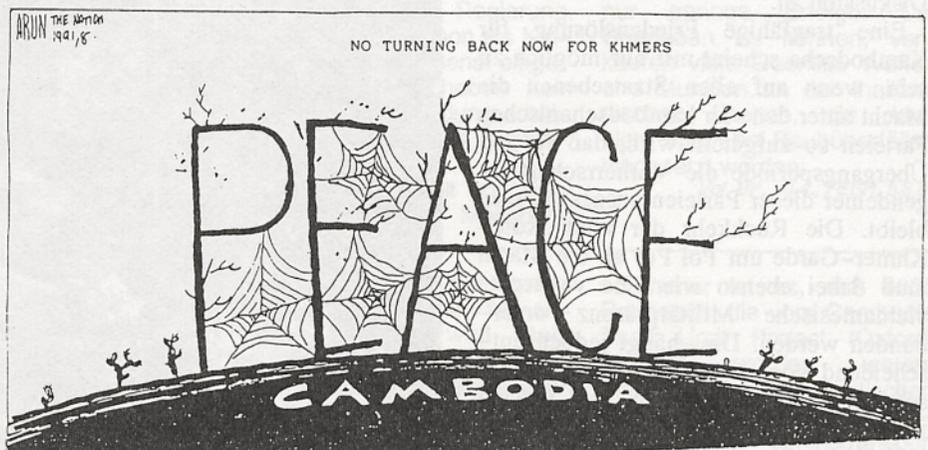
"Staates Kambodscha" und des "Demokratischen Kambodscha" bleiben weiterhin bestehen. Prinz Sihanouk sieht im SNC eine Art "Überregierung", die schrittweise alle wichtigen Staatsfunktionen an sich reißen werde. Diese Entwicklung soll durch die für November geplante Rückkehr Sihanouks in den alten Königspalast nach Phnom Penh einen wichtigen Impuls bekommen. Das Kalkül des Prinzen erhielt einen Dämpfer durch die Äußerung Hor Nam Hongs, der SNC sei lediglich das Symbol der Einheit Kambodschas und in erster Linie für die Vorbereitung freier Wahlen zuständig. An eine Abtretung administrativer Aufgaben der Regierung Hun Sen oder gar deren faktischer Auflösung sei nicht zu denken. Immerhin kontrolliere sie ca. 80 % Kambodschas und seiner Bevölkerung und man dürfe sie deshalb nicht mit der Dreierkoalition auf eine Ebene stellen.

Freie Wahlen

Die Roten Khmer wiederum insistieren gerade auf der faktischen Auflösung beider kambodschanischer Regierungen. Sie wollen nicht nur die Kompetenzen der Ministerien auf paritätisch besetzte SNC-Organe übertragen, sondern die Strukturen des SNC auf alle Ebenen des Staates und der Gesellschaft ausweiten. Das würde paritätisch (50:50) besetzte Provinz-, Distrikt- und sogar Dorfverwaltungen einschließen. Sihanouk und Son Sann schließen sich dieser Forderung im wesentlichen an, auch wenn sie zurückhaltender als die Partei Khieu Samphans argumentieren.

In der Tat muß man sich die Frage stellen, wie freie und faire Wahlen in einem Land abgehalten werden sollen, das erstens seit zwei Jahrzehnten sich in einem permanenten Kriegszustand befindet, zweitens über keine demokratischen Traditionen verfügt und drittens dessen Verwaltung von einer staatsmonopolistischen Partei, der "Revolutionären Volkspartei Kampuchéas" (RVPK) kontrolliert wird. Sollte der SNC nur in Phnom Penh, quasi als Wasserkopf, fungieren, die mehr als 11.000 Dörfer Kambodschas aber zu 80 bis 90 Prozent von Beamten des Hun-Sen/Chea-Sim-Regimes beherrscht bleiben (der Rest stünde vorwiegend unter Rote-Khmer-Einfluß), bräuchten Wahlen gar nicht erst abgehalten zu werden. Ihr Ergebnis wäre eindeutig, auch mit UN-Kontrolle. Ein historisches Beispiel: Die unter UN-Aufsicht 1948 in Südkorea durchgeführten Wahlen gaben dem ultrakonservativen Regime von Diktator Syngman Rhee eine überwältigende Mehrheit. Die linke und demokratische Opposition hatte die Wahlen boykottiert, das Wahlvolk wurde durch die Kopplung von Lebensmittelpunkten und Wahregistrierung entmündigt. Aber die internationale Kontrolle verlieh der klug inszenierten Farce eine zweifelhafte Legitimität. Oder bleiben wir näher an der Gegenwart und blicken auf das letztjährige Wahltheater des Regimes von Iliescu in Rumänien, um die Vielfalt der Manipulationen durch einen Staatsapparat und Massenmedien monopolisierende oder auch nur dominierende Partei zu erahnen.

Man könnte einwenden, Sihanouks bloße Anwesenheit in der kambodschanischen Hauptstadt und die Inbesitznahme des Königspalastes durch ihn als devaraja (Gottkönig) würde genügen, um im Zusammenspiel mit BBC und Voice of America den kommunistischen Einparteienstaat zum Einsturz zu bringen. Diese Sichtweise überschätzt m.E. jedoch



aus: The Nation v. 22.8.91

einerseits die Organisationsfähigkeiten Sihanouks und seiner Entourage, sie unterschätzt andererseits den Selbstbehauptungswillen sowohl der Nomenklatur in Phnom Penh als auch den der Roten Khmer, die ihre vollständige Marginalisierung und die gleichzeitige Vorherrschaft der Hun-Sen-Gruppe wahrscheinlich nicht kampflos hinnehmen werden.

Die erst kürzlich gegenüber dem thailändischen Ministerpräsidenten Anan Panyarachun gemachte Äußerung Chea Sims, des starken Mannes im Politbüro der RVPK, die Führer der Roten Khmer müßten wegen Völkermordes vor Gericht gestellt werden, verstärkt den Verdacht, daß Sihanouk, einmal nach Phnom Penh zurückgekehrt, der Raison d'être der RVPK unterworfen werden soll. Der Vorwurf der Zusammenarbeit mit Völkermördern könnte nach einem Jahrzehnt antivietnamesischer Widerstandskoalition leicht auch gegen Sihanouk selbst oder zumindest seine Gefolgsleute, falls diese nicht "gefügig" sein sollten, erhoben werden. Ein historischer Rückblick auf die Zerschlagung der polnischen Bauernpartei und die Kaltstellung ihres charismatischen Führers Stanislaw Mikolajczyks im Jahre 1947 durch die Stalinisten um Bierut kann an dieser Stelle nützlich sein. Die bürgerlichen Polen wurden damals der verdeckten Kooperation mit Faschisten und als "Agenten Deutschlands" diffamiert, so daß ihre nationale Reputation von den ansonsten chancenlosen Kommunisten in Beschlag genommen werden konnte.

Perspektiven

Sicherlich, historische Vergleiche hinken, zumal wenn sie Länder aus unterschiedlicher Kulturkreisen zu verschiedenen Epochen beleuchten. Und auch die globalen Rahmenbedingungen, in denen sich Konflikte entwickeln, unterliegen einem ständigen Wandel. Mögliche Gefahrenmomente oder wahrscheinliche Fehlentwicklungen können diese Vergleiche jedoch sehr wohl aufzeigen. Darauf kam es in der obigen Diskussion an.

Eine tragfähige Friedenslösung für Kambodscha scheint mir nur möglich zu sein, wenn auf allen Staatsebenen die Macht unter den vier kambodschanischen Parteien so aufgeteilt wird, daß für die Übergangsperiode die Vorherrschaft irgendeiner dieser Parteien ausgeschlossen bleibt. Die Rückkehr der alten Rote-Khmer-Garde um Pol Pot an die Macht muß dabei ebenso wie eine versteckte vietnamesische Militärpräsenz unterbunden werden. Dies hängt jedoch entscheidend von den Interessen ausländischer Konfliktparteien ab, die bislang unerwähnt blieben.

Nach den Eruptionen der letzten Wochen dürfte die faktisch als Staat aufge-

löste Sowjetunion ihre Rolle bei der Lösung des Kambodscha-Konfliktes vollends ausgespielt haben. Die entscheidenden außerkambodschanischen Akteure sind so nunmehr China, Vietnam und Thailand. Von diesen drei Staaten ist China offenbar am stärksten an einem unabhängigen und "starken" Kambodscha interessiert. Vietnam wünscht eine Hanoi freundlich gesinnte Regierung in Phnom Penh, China das Ende der vietnamesischen Dominanz im Nachbarland. Beide kommunistischen Mächte, die ihre bilateralen Beziehungen spürbar ausbauen, besitzen das gemeinsame Interesse zu verhindern, daß der "Westen" das Land der Khmer als Sprungbrett für die Destabilisierung Chinas und Vietnams mißbraucht.

Die Angst vor einer "roten Lösung" geistert somit durch den westlichen Medienwald. Ein Schulteranschluß der Stalinisten in Beijing und Hanoi sowie deren Schützlinge in Kambodscha, d.h. der Chea-Sim/Heng-Samrin-Gruppe inner-

halb der RVPK bzw. den Roten Khmer, ist aber völlig abwegig, wie schon die obige Stellungnahme Chea Sims verdeutlicht. Sollte die "rote Lösung" hingegen im Sinne einer Sihanouk-Hun-Sen-Koalition unter Einbeziehung der Roten Khmer (ohne Pol Pot) verstanden werden, wäre ihre Durchsetzungskraft vorstellbar.

Mit einer derartigen Lösung, die die Abhaltung freier Wahlen zugunsten einer Pfründenverteilung auf Jahre hinauschieben würde, könnten die Thais sich wahrscheinlich arrangieren, sie ginge wohl auf Kosten einer "Übernahme" Kambodschas durch den Westen (USA, Japan, Westeuropa) und eines von den meisten NGO's verfolgten moralischen Rigorismus. Doch das kambodschanische Volk braucht Unabhängigkeit, Freiheit und einen konstruktiven, zukunftsorientierten Neuaufbau, kein Herumstochern in alten, kaum verheilten Wunden.

Karl Trautmann



... zu Pflugscharen?

aus: Kampuchea, 1979, S. 30